

30.10.2003

Antrag

der Fraktion der CDU

Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Prüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR

Der Landtag möge beschließen:

Die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, sich nach Freigabe der „Rosenholz-Dateien“ einer Prüfung über eine etwaige Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu unterziehen. Die Ergebnisse sind dem Präsidenten des Landtags mitzuteilen und zu veröffentlichen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Mitglieder sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Hinblick auf eine etwaige Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu prüfen.

Sie wird ferner um Stellungnahme gebeten, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang eine mögliche Tätigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes für den Staatssicherheitsdienst geprüft wird.

Begründung:

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. September 2003 (Drs. 668/03-Beschluss- vom 13.10.2003) folgende EntschlieÙung gefasst:

„EntschlieÙung des Bundesrates für eine Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR unter Verwendung der Rosenholz-Dateien

Bund und Länder sollten die mit der Freigabe der „Rosenholz-Dateien“ gewonnen neuen Erkenntnisse nutzen, um weiteren Aufschluss über eine mögliche Tätigkeit von Bediensteten für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu erhalten.

Datum des Originals: 28.10.2003/Ausgegeben: 31.10.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Die Parlamentarier von Bund und Ländern sind aufgerufen, sich ebenfalls einer solchen Überprüfung zu unterziehen.

Im Übrigen erinnert der Bundesrat an die Verpflichtung aus dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, auch ohne Ersuchen Mitteilungen zu veranlassen“.

Dr. Rüttgers
Helmut Stahl
Dr. Hans-Ulrich Klose

und Fraktion